

**Gewerkschaftlicher Beratungsausschuss
bei der Organisation für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**
◆◆
Internationaler Gewerkschaftsbund



Ergebnis der G20-Finanzministertagung (Paris, 18. und 19. Februar 2011)

Anrede,

der (*Name der Mitgliedsorganisation*) sendet Ihnen dieses Schreiben gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD, um unsere tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck zu bringen, dass es bei der jüngsten Finanzministertagung der G20 nicht gelungen ist, angemessene Maßnahmen zu empfehlen, um eine nachhaltige Konjunkturerholung herbeizuführen, die Arbeitslosigkeit zu senken und die zur Verhinderung einer weiteren Krise erforderliche Finanzmarktregulierung vorzuschlagen.

Im Schlusskommuniqué der jüngsten Finanzministertagung der G20 (Paris, 18. und 19. Februar) – das lediglich zwei Wörter zur Beschäftigung enthält – wurde es insbesondere versäumt, die Bedeutung der Beschäftigung und der Ungleichheit innerhalb von und zwischen einzelnen Ländern als ausschlaggebende Indikatoren für externe Ungleichgewichte anzuerkennen, und es wurden keine nennenswerten Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung oder zur Korrektur der globalen Ressourcenlücke in Bezug auf Entwicklung, Klimaschutz und andere wesentliche Bereiche, in denen öffentliche Ausgaben erforderlich sind, vorgeschlagen.

Dies steht in krassem Widerspruch zu den vorangegangenen drei G20-Gipfeln in Washington, London und Pittsburgh, bei denen eingeräumt wurde, dass die Konjunkturerholung von einer soliden lohngesteuerten Erhöhung der Gesamtnachfrage abhängt und dass nicht noch einmal zugelassen werden dürfe, dass die Finanzmärkte die Wirtschaftspolitik diktieren. Es ist extrem frustrierend für uns, mit ansehen zu müssen, wie die Finanzminister der G20 die Verzweiflung erwerbstätiger Menschen ohne Arbeitsplatz, menschenwürdige Arbeit oder sozialen Schutz allem Anschein nach ignorieren. Es ist uns unverständlich, wie die Spitzen der G20 und die Arbeits- und Entwicklungsminister einerseits und die Finanzminister andererseits derart weit auseinanderliegen können. Arbeitsplätze und gerechte Löhne sind von zentraler Bedeutung für die Konjunkturerholung, die Vermeidung eines sozialen Zusammenbruchs (vor allem in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit) und die Verhinderung der Art nicht nachhaltiger und destabilisierender Ungleichheiten, die die letzte Krise verursacht haben und eine erneute Krise auslösen könnten.

Wir sind uns der Notwendigkeit einer fiskalpolitischen Konsolidierung bewusst, glauben jedoch, dass dies auf längere Sicht und auf der Grundlage eines beschäftigungsorientierten Wachstums erreicht werden kann. Sich trotz der Belege für die negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Wachstum, Ungleichheit und sozialen Ausschluss nahezu ausschließlich auf die Kürzung der öffentlichen Ausgaben zu verlassen, erscheint töricht und darauf ausgelegt, soziale Unruhen zu schüren. Angriffe auf die Löhne und das Tarifverhandlungsrecht – genau die

Konjunkturinstrumente, die angesichts eines zurückgehenden Lohnanteils in nahezu allen Ländern erforderlich sind, um für die Verteilung des Wohlstands zu sorgen – sind sowohl aus sozialer als auch aus wirtschaftlicher Sicht destruktiv und sie werden zur politischen Opposition genau der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften führen, die ihr Verhandlungsrecht dafür genutzt haben, um in der ersten Phase der Krise zahlreiche Unternehmen zu retten.

Die Regierungen der G20 müssen abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen ergreifen, um die Beschäftigung anzukurbeln und die Ergebnisse zu überwachen und zu bewerten, damit es nicht zu einer Konjunkturerholung ohne die Schaffung von Arbeitsplätzen kommt. Genau das haben die Spitzen der G20 sowohl in London als auch in Pittsburgh zugesagt, und auch der französische Staatspräsident hat in seiner Funktion als Gastgeber der diesjährigen G20-Aktivitäten nach unserem Verständnis diesen Ehrgeiz. Dieses Ziel kann aber nicht allein von den Arbeits- und Entwicklungsministern erreicht werden, und wir fordern Sie daher dringend auf, Ihrer maßgeblichen Rolle in diesem Bereich gerecht zu werden.

Die Krise ist das Ergebnis eines auf den Konsens von Washington gestützten, gescheiterten Wachstumsmodells, und es ist nunmehr an der Zeit, dass sich die Spitzenpolitikerinnen und -politiker einem neuen Wachstumsmodell zuwenden. Der Globale Beschäftigungspakt der IAO stellt einen integrierten Ansatz für sowohl nachfrage- als auch angebotsseitenorientierte Maßnahmen dar. Er wurde von den Spitzen der G20 in Pittsburgh bestätigt und erfordert jetzt ernsthafte Investitionen.

Darüber hinaus muss die IAO in den Prozess gegenseitiger Bewertungen einbezogen und beauftragt werden, Beschäftigung und Sozialschutz in die Indikatoren einzubeziehen, die verwendet werden, um die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der G20 zu bewerten und die erforderlichen Korrekturmaßnahmen festzulegen. Neben den Auswirkungen, die die Löhne und die Beschäftigung auf den Verbrauch und somit auf die Handelsbilanzen haben, hängen sie auch eng mit den der Krise zugrunde liegenden Ursachen hinsichtlich Ungleichgewichten zwischen dem Verbrauch und den Ersparnissen in Ländern mit großen Handelsüberschüssen und generell mit größer werdenden Ungleichgewichten zwischen dem Anteil von Arbeit und Kapital am Einkommen zusammen, der wiederum ausschlaggebend für die Gesamtnachfrage ist.

Im Zusammenhang mit der Agenda der französischen G20-Präsidentschaft ist es daher unerlässlich, dass bei der nächsten Finanzministertagung der G20 (Washington, 14. und 15. April) und bei der mit Spannung erwarteten G20-Konferenz zum Thema Kohärenz (Paris, 23. Mai) die Notwendigkeit erkannt wird, sämtliche vorstehend erwähnten Fragen aufzugreifen. Die Finanzminister müssen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsministerien zusammentreffen und zusammenarbeiten, um die Integration ihrer jeweiligen Agenden zur Krisenbewältigung gemeinsam mit den Gewerkschaften als Vertreter der am direktesten davon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu diskutieren. Es ist unerlässlich, eine G20-Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen einzurichten, der Vertreter/innen der Arbeits- und Finanzministerien der G20, sofern vorhanden der Entwicklungsministerien sowie, in ihrer breitesten Form, der Sozialpartner aus den G20-Ländern angehören sollten.

Hinsichtlich der angesprochenen Ressourcenthematik begrüßen wir die Erwähnung "systemischer Abgaben" in der Erklärung der G20-Finanzminister, worunter wir u.a. auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer verstehen. Wir halten dies für eine sowohl wirtschaftliche als auch moralische Notwendigkeit, da eine solche Steuer Ressourcen von unproduktiven spekulativen Geschäften abziehen und

gleichzeitig Ressourcen für menschenwürdige Arbeitsplätze, die Entwicklung und den Klimaschutz aufbringen würde. In diesem Zusammenhang werden wir Präsident Sarkozy bitten, während seiner G20-Präsidentschaft eine internationale Konferenz zu diesem Thema auszurichten, um mehr Unterstützung zu mobilisieren und mit der Arbeit an der konkreten Form zu beginnen, die die Finanztransaktionssteuer annehmen würde.



Obwohl bei der letzten Tagung der G20-Finanzminister in einigen Bereichen positive Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung ergriffen wurden, vor allem in Bezug auf Finanzkonzerne, die "zu groß zum Scheitern" sind, verfügen die verschiedenen Regulierungsgremien auf nationaler Ebene nach wie vor über zu umfangreiche Befugnisse, wodurch sich die Gefahr erheblicher und potenziell schädlicher Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern erhöht.

Darüber hinaus gibt es keinerlei Hinweise auf die erforderliche Entschlossenheit, die obszöne und destruktive Boni-Kultur unter Kontrolle zu bringen, die erheblich zu der weltweiten Krise beigetragen hat. Es muss zudem entschiedener gegen Steueroasen und Steuerflucht von Unternehmen vorgegangen werden, und es bedarf einer Reform der undurchsichtigen Lenkung des Financial Stability Board (FSB).

Die G20 steht hinsichtlich der weltweiten Beschäftigungslage 2011 vor einer massiven Herausforderung. Wenn sich die G20-Regierungen nicht auf durchschlagende Maßnahmen verständigen können, drohen Arbeitslosigkeit und Ungleichheit weiter zuzunehmen, was zu sozialen Unruhen und anderen Protesten führen könnte. Es ist offenkundig, dass Arbeitslosigkeit und Ungleichheit der Hauptauslöser für die Aufstände in Nordafrika und im Nahen Osten waren. Auch etablierte Demokratien müssen der wachsenden Unzufriedenheit einer ganzen Generation junger Menschen angesichts einer Zukunft ohne menschenwürdige Arbeit Rechnung tragen. Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder haben sich hinter die Forderung nach aus Steuermitteln finanzierten Konjunkturmaßnahmen gestellt, aber da nun offenkundig wird, dass damit größtenteils ein Finanzsektor unterstützt wurde, der jetzt wieder direkt das Sagen hat und in der Tat Sparmaßnahmen fordert, für die erneut die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufkommen müssen, wächst die Empörung. In Anbetracht der enttäuschenden und unzureichenden Schlussfolgerungen der G20-Finanzminister ist jetzt erhebliche Arbeit erforderlich, um die Versäumnisse der Tagung letzten Monat in Paris auszugleichen.

Die Gewerkschaften richten ähnliche Schreiben an die Finanzminister der G20, und wir hoffen, dass bei Ihren nächsten Treffen im Rahmen der G20, wenn es um eine globale Koordination und die Formulierung künftiger Empfehlungen an die Spitzen der G20 geht, deutlich stärker auf diese Themen eingegangen werden wird.

Grußformel

<p>Sharan Burrow</p>  <p>Generalsekretärin Internationaler Gewerkschaftsbund</p>	<p><i>(Vorsitzender Euror Organisation)</i></p>	<p>John Evans</p>  <p>Generalsekretär Gewerkschaftlicher Beratungsausschuss bei der OECD</p>
---	---	---